

Der Sturz eines Polittrüpfels

Der Schweizer Rechtsaußen Christoph Blocher scheitert – an einer unbekanntenen Frau aus den Bergen.

VON JAN DIRK HERBERMANN

Genf. Um kurz nach acht Uhr morgens betritt die dunkelhaarige Frau den großen Saal des Berner Bundeshauses. Das Getuschel verstummt. Stille. Anspannung. Händereiben. Die Frau, Eveline Widmer-Schlumpf, ist gekommen, um im Parlament das Urteil zu verkünden. Das Urteil über den Zampano der eidgenössischen Politik: Über den rechtsnationalen Justizminister und Milliardär Christoph Blocher. Widmer-Schlumpf schreitet gemessen zum Rednerpult. Alle Augen kleben an der 51-Jährigen, der Richterinnen. Am Pult angekommen, beginnt die weithin unbekanntene Frau aus dem Bergkanton Graubünden zu sprechen. Ein paar Sätze auf Deutsch. Dann ein Satz auf Rumantsch, der vierten Landessprache. Dann kommt das Urteil. Wieder in Deutsch: „In dem Sinne erkläre ich die Annahme der Wahl.“ Und: „Ich werde mich mit meiner ganzen Kraft für diese Aufgabe einsetzen.“ Die Aufgabe: Bundesrätin, Ministerin, Nachfolgerin Blochers in der Regierung. Die Linken jubeln frenetisch, Blocher und seine Getreuen kochen.

Die Frau hat gestern den großen Blocher abserviert. Gnadenlos. Er, der erfolgsverwöhnte, autoritäre, herrische Anführer der erzkonservativen Schweizerischen Volkspartei (SVP) kann kein Mitglied der eidgenössischen Regierung mehr werden. Die Szene im Bundeshaus markiert auch einen Riss in der Schweizer Politik, jener Politik, die seit Menschengedenken zwischen Kuscheln, Kungeln und Konsens pendelt. Einer Politik, in der das Volk durch Abstimmungen oft das letzte Wort hat. Helvetiens Demokratie nimmt jetzt Kurs auf eine schroffe Polarisierung. Die SVP will in die Opposition. Und sie verstößt Widmer-Schlumpf und den anderen gewählten SVP-Bundesrat Samuel Schmid aus ihrer Fraktion.

Blochers Abwahl folgte einem Drehbuch, für das der Geschasste nur ein Wort übrig hat: „Empörend.“

Rückblende: Nach ihrem historischen Sieg bei den Parlamentswahlen im Oktober wählte sich die Blocher-Partei auf dem Gipfel. Nie zuvor hatte eine Gruppierung bei Wahlen in der Schweiz so viele Stimmen auf sich vereinen können.



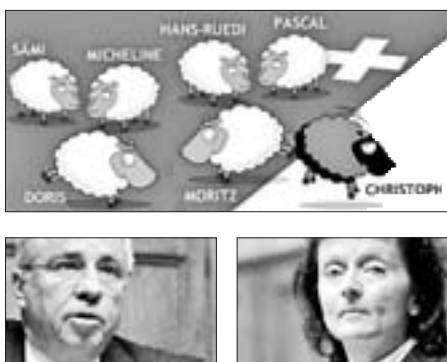
„Eveline, sag Ja“ – und Eveline Widmer-Schlumpf hat „Ja“ gesagt: Unterstützer der neuen Bundesrätin vor dem Berner Bundeshaus.

afp (3)

nen. Parteipräsident und Blocher-Gefolgsmann Ueli Maurer verkündete mit strotzendem Ego den „Führungsanspruch“ seiner Partei. In der traditionellen regierenden Großen Koalition aus SVP,

den Ministerkollegen kaum. Und er hetzte gegen Ausländer, beschimpfte die EU und gebärdete sich immer offener als eine Art Regierungschef: eine Position, die es in der Schweiz nicht gibt. Die sieben Bundesräte fällen ihre Entscheidung nach dem Konsensprinzip.

Höhepunkt des Blocher-Spektakels war aber der schrill-aggressive Wahlkampf. Die SVP pries ihren Bundesrat als Helvetiens Retter an. Empörung löste dabei vor allem die „Schwarze-Schaf-Plakat-Aktion“ aus, mit der die SVP für ihre Initiative zur „Ausschaffung“ (Auswei-



Anspielung auf die „Schwarze-Schaf-Werbung“: Auf dem Plakat (oben) befördern die Regierungsmitglieder Christoph Blocher (links) aus dem Bundesrat. Für ihn wurde Eveline Widmer-Schlumpf hineingewählt.

sung) krimineller Ausländer warb. Weiße Schafe („rechtschaffene Eidgenossen“) beförderten darauf ein schwarzes Schaf („krimineller Ausländer“) mit einem Tritt aus dem Land. Internationale Medien berichteten von der „fremdenfeindlichen Schweiz“ – das saubere Image des Heidi-Landes bekam ernsthafte Risse.

Dafür gab es jetzt die Quittung. Abgeordnete der CVP, der SP und der Grünen schmiedeten ein Komplott. „Es gibt keine Mehrheit für Blocher“, sagte CVP-Fraktionschef Urs Schwaller kurz vor der Wahl der sieben Regierungsmitglieder am Mittwoch. Und so kam es: Eine Mitte-links-Mehrheit wählte den Kandidaten Blocher ab. Ein Vorgang, der eigentlich nicht zu Helvetiens Konsensdemokratie passt. Man bestimmte die Berglerin Widmer-Schlumpf zur Bundesrätin. Die Frau gehört zwar auch Blochers SVP an, aber dem kleinen, liberalen Flügel.

Zunächst schwankte Widmer-Schlumpf. Gestern aber entschied sie

sich doch für die Macht. Hätte sie die Wahl verweigert, wäre Blocher eine Chance geblieben. Er hätte sich noch einmal zur Wahl stellen können.

In der SVP ist Blocher jetzt der Märtyrer. Seine Getreuen kürten ihn am Tag der Schmach zum „Parteiführer“. Offiziell ist Blocher das bis dato nicht. Aber er tönte schon wieder: „Das Parlament kann einen Menschen zwar aus der Regierung entfernen, nicht aber aus der Politik.“ Dann drohte er: „Ich werde meine Gegner beunruhigen.“ Als Minister, so ließ er wissen, sei er an „Amtsgeheimnisse“ gebunden gewesen. „Von jetzt an kann ich wieder sagen, was ich denke.“

Eins aber ist klar: In der Schweiz ist nichts mehr so wie es war. Die alte Koalition des Konsenses ist zerbrochen; die Zauberformel, jene feinsäuberlich austarierte Verteilung der Ministerposten zwischen den Parteien und Sprachregionen, gilt nicht mehr. Das Land hat jetzt eine aggressive parlamentarische Opposition. Der Fall Blochers ist der Abschied vom Sonderfall Schweiz.

Bessere Schulen – mit den Eltern

Ein EU-Projekt bündelt die Erfahrung aus acht Ländern

VON DANIEL ALEXANDER SCHACHT

Hannover. „Wenn Eltern sich nicht darum kümmern, dass aus ihren Kindern etwas wird, wer soll es denn dann tun?“ Der Stoßfuehrer stammt von einer Frau, die weltgewandter ist, als es Kopf-trägerinnen meist zugetraut wird – und überdies Vorreiterin beim Thema Integration: Havva Mermertas hat sich nicht nur von der Hauptschule zum Abendgymnasium, von der Arzthelferin zur medizinisch-technischen Assistentin hochgearbeitet. Die fünfjährige Mutter hat in Hannover auch den Türkischen Elternverein gegründet und war die erste Türkin im Schul-, im Stadt- und dann im Landeselternrat. Zwar verspürt sie in solchen Gremien wenig Einfluss. „Aber wenn ich nicht hingehe, sitzt da niemand – und die Migranten brauchen doch eine Stimme.“

Seit 40 Jahren lebt die Frau von der Schwarzmeerküste in Hannover. Sie ist jene große Ausnahme, welche die Regel bestätigt, nach der Migranten eher Objekt des Schulbetriebs sind, als dass sie darin mitentscheiden – eine Regel, die offenbar nicht nur in Deutschland gilt, sondern quer durch Europa. Das hat jetzt ein Treffen von Schullehrern aus sieben Ländern gezeigt, das diesem Missstand begegnen soll. „Mit mehr Eltern besser Schule machen“, heißt das EU-Projekt, dessen Federführung Niedersachsens Landesinstitut für Lehrerbildung (Nils) hat und das besondere Akzente zur Integration von Migranten setzt.

Hinderlich ist oft schon das Selbstverständnis der Mehrheitsgesellschaft. „In Russland gibt es zwar ebenso wie in Westeuropa Geburtenrückgang und Einwanderung zugleich, vor allem aus Zentralasien“, sagte Margarita Afanasjewa vom Lehrerbildungsinstitut Perm. „Aber statt auf Integration setzt Moskau nur auf mehr Geburten – 2008 wurde sogar zum ‚Jahr der Familie‘ erklärt.“ Nicht viel besser sieht es in Polen aus. „Migranten kommen in polnischen Gesetzen nicht einmal vor“, sagte Izabela Czerniejewska vom Lehrertrainingszentrum Posen. „Stattdessen gibt es nur geduldete Fremde, Flüchtlinge oder Asylsuchende – und die werden abseits oder sogar fern von Siedlungen im Wald konzentriert.“ Zwar hätten auch Kinder



Auf Integrationskurs: Banu Bilal aus Izmir (links) und Havva Mermertas aus Hannover mit EU-Projektleiter Rolf-Peter Berndt.

von Asylbewerbern ein Recht auf Bildung, aber Unterricht finde nur auf Polnisch statt, was den Weg zur Integration vor allem anfangs steinig mache.

Dabei herrschte unter den Schullehrern Einigkeit, dass der Erwerb der Landessprache erster Schritt zur Integration ist – in Frankreich, Spanien und Großbritannien sind entsprechende Sprachkurse längst ebenso selbstverständlich wie mittlerweile auch in Deutschland. Weniger selbstverständlich ist dagegen Offenheit gegenüber der Herkunftskultur der Migranten. Wie das aussehen kann, schilderten ausgerechnet Projektteilnehmer aus der Türkei. „Zu uns kommen viele Kinder direkt aus Deutschland“, sagte Banu Bilal, Lehrerin am Deutsch-Türkischen Gymnasium Izmir, und erzählte von Schulfesten mit kulinarischem und Kultur aus Deutschland. „Wir tun schon einiges dafür, dass Schüler und Eltern sich wohlfühlen.“

Dass Integration mehr sein muss als Spracherwerb, scheint sich aber vollends erst im britischen Schulalltag zu zeigen. „Eltern als Partner“ heißen die staatliche Schulprogramme, die etwa Migranten gezielt zweisprachig ansprechen – auf Englisch und in ihrer Herkunftssprache. „Wir haben bilinguale Konzepte auf vielen Ebenen“, sagt Anne Basford vom schottischen Bildungsinstitut. „Nur in die Lehrerbildung ist das noch nicht ganz eingegangen.“

Nicht zuletzt dazu werde das EU-Projekt Konzepte erarbeiten, sagte Nils-Projektleiter Rolf-Peter Berndt – als Teil umfassender EU-Empfehlungen zur Elternmobilisierung für ein besseres Miteinander von Schülern, Lehrern und Eltern. „Der Rahmen dafür ist in Niedersachsen weiter gesteckt als anderswo“, betonte Heinz-Wilhelm Brockmann, Ministerialdirigent im Kultusministerium, unter Hinweis auf die „selbstständige Schule“ – und wurde darin von Elternseite bestätigt: „Das ist ein gewaltiger Schritt nach vorn“, sagt Landeselternratsvorsitzender Matthias Kern.

Havva Mermertas klingt skeptischer. „Noch ist Mehrsprachigkeit ein Schatz, der schamhaft verborgen wird, statt ihn zu heben und für die deutsche Gesellschaft fruchtbar zu machen.“ In dieser Kritik stimmt sie mit Cengiz Tamak vom Bund Türkisch-Europäischer Unternehmer überein, der erinnert, dass der Erwerb dreier Sprachen 2010 EU-Standardanspruch wird. „Warum sollte darunter nicht auch Türkisch sein?“

Ihr Abonnement

**Unser Weihnachtstipp – das HAZ-Winterabo:
3 Monate schenken, nur 2 bezahlen.**

Schöne Bescherung!
Wer kennt das nicht: Auf einmal steht Weihnachten vor der Tür und es fehlt immer noch das eine oder andere passende Geschenk. Die Suche können Sie sich jetzt sparen – mit dem HAZ-Winterabo als cleverer Geschenkidee. Die frohe Kunde: Während Sie nur für zwei Monate zahlen, machen Sie jemandem drei Monate lang Tag für Tag aufs Neue eine Freude. Und das für nur 48 €.

Bestellen Sie das Winterabo ganz einfach:
• im Internet: www.haz.de
• per Telefon: 0180/12 34 400*

* 3,9 Cent/Minute aus dem Festnetz der Deutschen Telekom. Abweichende Preise für Mobilfunkteilnehmer sind möglich.

Wer schenkt, wird beschenkt!
• Geschenkkarte, die Sie an Heiligabend symbolisch überreichen können
• Ikea-Gutschein im Wert von 5 € für Sie

Mehr Informationen unter: www.haz.de

Hannoversche Allgemeine
Hannovers starke Seiten

DAS ZITAT DES JAHRES



„Für das Aufarbeiten sind die Fakten wichtig – viel wichtiger als Reue.“

12

Michael Buback, Sohn des von der RAF ermordeten Generalbundesanwalts Siegfried Buback, am 25. April in der ARD.

Michael Buback, Chemieprofessor in Göttingen, will wissen, wer seinen Vater erschossen hat. Auf der Suche nach dem Mörder scheut der Sohn von Siegfried Buback jetzt auch nicht die Begegnung mit einem ehemaligen RAF-Terroristen. Es ist das Jahr, in dem die Bundesrepublik sich mit dem Gnadengesuch des Extremisten Christian Klar und dem 30 Jahre zurückliegenden „Deutschen Herbst“, den Monaten der terroristischen Anschläge 1977, auseinandersetzt. In einer Sondersendung der ARD trifft Buback auf Peter-Jürgen Boock. Es ist die erste Begegnung des Angehörigen eines RAF-Opfers und eines Extremisten vor Fernsehkameras. Wenige Tage zuvor hatten Boock und Buback miteinander telefoniert. Der Anruf von Boock hatte mit dazu geführt, dass der Mordfall Buback neu aufgerollt worden ist. Nicht Christian Klar, sondern Stefan Wisniewski habe 1977 in Karlsruhe vom

Motorrad aus Buback erschossen, hatte Boock gesagt. Als Täter waren drei RAF-Mitglieder – Klar, Knut Folkerts und Günter Sonnenberg – ermittelt und verurteilt worden. Doch wer Siegfried Buback erschossen hat, blieb bis heute ungeklärt. Es ist diese fehlende Information, die dazu geführt hat, dass ausgerechnet der Sohn des ermordeten RAF-Verfolgers zum lautesten Kritiker der Bundesanwaltschaft wird, also der Behörde, die sein Vater bis zum Tod geleitet hat. Der Sohn glaubt, dass die falschen Täter verurteilt worden sind, oder zumindest nicht alle richtigen. So fragt Buback, warum damals nicht Verena Becker angeklagt worden ist, die vier Wochen nach der Tat mit dem mutmaßlichen Mittäter Sonnenberg verhaftet worden ist und die Tatwaffe im Gepäck hatte. Auf die Frage, ob es in den RAF-Prozessen möglicherweise Fehlurteile gegeben habe, sagte Joachim Lampe, früherer Bundesanwalt und RAF-Ankläger dieser Zeitung: „Nein. Soweit wir bisher wissen, wurde kein Unschuldiger verurteilt. ... Es gibt keine dunklen Geheimnisse.“ Buback überzeugt das nicht.

So wird das Zitat des Jahres gewählt

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung sucht gemeinsam mit NDR Info, dem „Hamburger Abendblatt“, der „Ostsee-Zeitung“ und dem Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag das „Zitat des Jahres 2007“. Zur Wahl stehen insgesamt zwölf Aussagen prominenter Zeitzeugen. Heute stellen wir Ihnen das zwölfte und damit letzte Zitat vor, das ins Rennen geht. Morgen müssen Sie sich entscheiden, welcher Ausspruch, welcher Mensch hinter dem Zitat die Auszeichnung wirklich verdient hat. Welches Zitat war besonders witzig, denkwürdig oder einfach nur beeindruckend?

Als Dank für Ihre Mühe nehmen Sie an einer Verlosung teil, bei der es drei

attraktive Preise zu gewinnen gibt. Der erste Preis ist ein schwarzer LCD-Flachbildfernseher von Panasonic im Wert von rund 1340 Euro. Der zweite Preis ist ein DVD-Entertainment-System von Bose im Wert von etwa 1080 Euro. Unter den übrigen Teilnehmern verlosen wir zwölf MP3-Player, von denen jeder rund 100 Euro kostet.

Ihre Stimme können Sie von Sonnabend, 15. Dezember, bis Mittwoch, 19. Dezember, 12 Uhr, abgeben. Sie nehmen damit automatisch an der Verlosung teil – unabhängig davon, welches Zitat Sie auswählen. Die Rufnummer für die Hotline erfahren Sie morgen – dann stellen wir Ihnen in Kurzfassung auch noch einmal alle zwölf Zitate vor.

Eine Aktion in Zeitung, Internet und Radio **Hannoversche Allgemeine** **NDR Info**
Alle bereits erschienenen Folgen finden Sie unter: www.haz.de/171544
Gewählt wird von Sonnabend, 15. Dezember, bis Mittwoch, 19. Dezember